WISA
vorwärts für Sachsen-Anhalt

Ein Meilenstein für das Bildungssystem

Der Bildungskonvent in Sachsen-Anhalt vor dem erfolgreichen Abschluss

Von Rita Mittendorf und Stephan Dorgerloh

Als der Landtag von Sachsen-Anhalt am 15. Dezember 2006 der Bildungskonvent einsetzte, hat er ihm einen klaren Auftrag mit auf den Weg gegeben: Der Konvent sollte „Empfehlungen für ein dauerhaft tragfähiges, international ausgerichtetes, chancengerechtes und leistungsfähiges allgemein bildendes und berufsbildendes Schulsystem“ erarbeiten.

Heute, nach dreieinhalb Jahren harter Arbeit, zähen Ringens und intensiver Diskussion können wir sagen: Er hat diesen Auftrag erfüllt. Auch wenn der Konvent erst am 21. Juni seine abschließende Empfehlung ausspricht, liegen bereits heute acht Empfehlungen zu bildungspolitischen Schwerpunktthemen vor. Insgesamt sprechen wir von weit über 100 einzelnen Beschlüssen, die alle mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen wurden.

Viele dieser Beschlüsse tragen eine eindeutig sozialdemokratische Handschrift. Im Bereich frühkindliche Bildung hat der Konvent einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten für alle Kinder empfohlen – und zwar unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Der Bildungskonvent hat empfohlen, Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in Regelschulen gemeinsam lernen zu lassen. Er hat empfohlen, an Sekundarschulen die Hauptschulklassen und Hauptschulgruppen abzuschaffen. Und er hat sich eindeutig für eine höhere Eigenständigkeit der Schulen mit einer größeren Mitbestimmung von Eltern und Schülern bei schulischen Entscheidungen ausgesprochen.

Wie nicht anders zu erwarten, war die Gestaltung der zukünftigen Schulstruktur am härtesten umkämpft. Hier führten CDU und FDP gegen jeden Sachverstand bildungspolitische Grabenkämpfe. Sie verteidigten das starr gegliederte Schulsystem als nonplusultra der Schulsysteme, obwohl die Wissenschaft dem vehement widerspricht und obwohl Christdemokraten in anderen Bundesländern das System längst in die Mottenkiste verbannt haben. Trotz dieses Widerstands liegt heute ein Beschluss vor, der die sozialdemokratische Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen aufnimmt – nicht in Reinform, aber im Prinzip. Wir haben es damit nach langen Jahren der Stagnation geschafft, eine Öffnung des starr gegliederten Schulsystems hin zu einem längeren gemeinsamen Lernen zu erkämpfen. Das ist nicht nur ein Erfolg für uns als SPD, das ist ein Meilenstein für das Bildungssystem in Sachsen-Anhalt.

Davon sollten sich auch diejenigen in der SPD nicht abbringen lassen, die über den Beschluss ein wenig enttäuscht sind. Deutlichere Formulierungen wären schöner gewesen und auf einem Parteitag hätten wir das klarer beschlossen. Aber im Bildungskonvent galt es, gesellschaftliche Mehrheiten zu erringen. Dort saßen neben den Vertretern aus der Politik auch Schüler, Eltern und Lehrkräfte aller Schulformen, Vertreter der Wissenschaft, der Wirtschaft der Gewerkschaften, der Kommunen und der Kirchen. Dass sich hier eine breite gesellschaftliche Mehrheit für das längere gemeinsame Lernen hinter uns versammelt hat, macht den Beschluss noch wertvoller. Ohne diese Mehrheit wären Änderungen im Schulsystem mühselig, wenn sie nicht gar zum Scheitern verurteilt wären.

Ein anderes, ein besseres Bildungssystem braucht eine breite gesellschaftliche Akzeptanz, denn die Diskrepanz zwischen dem Bewusstsein für die Fehler im Bildungssystem und der Bereitschaft, Veränderungen mitzutragen, ist oft erheblich. Die meisten Eltern und Lehrer nehmen die frühe Aufteilung der Kinder nach der Klassenstufe 4 auf verschiedene Schulformen zwar als falsch wahr, aber weil in den letzten 20 Jahren das Schulsystem so oft geändert wurde, herrscht in den Lehrerzimmern und Elternhäusern eine große Verunsicherung. Diese Ängste und Sorgen nehmen wir ernst – übrigens auch in der eigenen Partei, denn nicht wenige mahnen zur Umsicht und empfehlen einen geordneten Übergang zum längeren gemeinsamen Lernen – daher sollen die Gemeinschaftsschulen, d.h. unsere Allgemein bildenden Oberschulen (AOS), in Sachsen-Anhalt auf freiwilliger Basis entstehen. Überall dort, wo sich Initiativen bilden, wo Schüler, Eltern, Lehrer oder Schulträger den Wunsch äußern, wollen wir die Möglichkeiten schaffen, Gemeinschaftsschulen einzurichten. So können z.B. auf der Grundlage einer Entscheidung des Schulträgers bestehende Schulen zur Gemeinschaftsschule entwickelt werden. Im Klartext heißt das: Die Eltern, Schüler, Lehrkräfte und Schulträgern erhalten mit der AOS ergänzend zum bestehenden Schulsystem ein neues Schulangebot. Dort können die Kinder und Jugendlichen länger gemeinsam lernen und im Anschluss an dieser Schule jeden allgemein bildenden Abschluss (einschließlich des Abiturs) erwerben. Dieses neue Schulangebot muss als gleichberechtigte Schulform schulgesetzlich verankert werden, dann kann es vor Ort freiwillig umgesetzt werden.Die Realität in anderen Bundesländern zeigt, dass ein solches freiwilliges Modell schnell zum Erfolgsmodell wird. In Schleswig-Holstein und Thüringen ist der Zulauf an die Gemeinschaftsschulen enorm. Die Möglichkeit der freiwilligen Entscheidung führt hier zu einer wesentlich stärkeren Identifikation mit dem Grundsatz des längeren gemeinsamen Lernens und dem dazugehörigen Schulmodell, als es eine verpflichtende Gesetzgebung je könnte. Es ist sicherlich der mühsamere Weg, durch Öffnungen und Beispiele gut funktionierender Gemeinschaftsschulen die Überzeugung für dieses Schulmodell wachsen zu lassen, aber es ist der richtige Weg. Insofern ermöglicht uns der Beschluss in den kommenden Jahren wesentlich mehr, als sich im Moment erahnen lässt. Der Weg in ein gerechteres Bildungssystem ist nach sozialdemokratischer Diktion steht also offen – jetzt sollten wir ihn gemeinsam gehen. ■

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Wahl in Nordrhein-Westfalen hat wieder Aufwind für die SPD gebracht. Das Ergebnis der Genossinnen und Genossen um Hannelore Kraft war mehr als ein Achtungserfolg. Wir können feststellen: die SPD ist wieder da! Natürlich nicht da, wo wir hinwollen, aber nach 2009 stimmt die Richtung wieder!

Wir können auch feststellen: Schwarz-Gelb ist gescheitert! Nach der Implosion von Düsseldorf ist klar: das Märchen von der Steuersenkung ist geplatzt! Dumm nur, dass diese Lebenslüge der einzige Kitt dieser sogenannten bürgerlichen Wunschkoalition war. Wir dürfen gespannt sein, ob die Präsidialkanzlerin das ebenso aussitzen will, wie die anderen Probleme in Europa. Viel Zeit wird ihr der Kanzlerwahlverein CDU nicht lassen!

Die FDP übrigens auch nicht, schließlich hat sie sich auf Gedeih und Verderb an die Koalition mit der CDU gekettet. Wer nach einer Wahl nicht einmal Sondierungsgespräche führen will, stellt seinen eigenen Kern als demokratische Partei in Frage und verabschiedet sich für lange Zeit als ernstzunehmende Staatspartei. Plakativen Fundamentalismus kann das Land nicht gebrauchen, auch wenn er in Gelb daherkommt.

Eure
Katrin Budde

Die Basis hat das Wort

SPD-Mitgliederkonvent in Halle wählt Spitzenkandidaten

Am 19. Juni 2010 um 10.00 Uhr ist es soweit: die SPD in Sachsen-Anhalt wird im Volkspark in Halle ihren Spitzenkandidaten wählen. Während die politische Konkurrenz ihre Spitzenkandidaten auf Landesparteitagen bestimmt, haben sich die Sozialdemokraten gemeinsam für eine neue Veranstaltungsform entschieden – den Mitgliederkonvent. Dazu sind alle Mitglieder der SPD in Sachsen-Anhalt eingeladen. Jens Bullerjahn, der vom Landesvorstand als Spitzenkandidat vorgeschlagen wurde, wird sich im Konvent der Diskussion und dem Votum der Basis stellen. Jedes Mitglied kann und soll mitreden und mitentscheiden.

Darüber hinaus sind auch Freunde und Sympathisanten der Sozialdemokratie herzlich willkommen. Der Konvent ist eine öffentliche Veranstaltung und soll interessierte Bürgerinnen und Bürger für die politische Arbeit der SPD begeistern.

Neben der Wahl des Spitzenkandidaten wird im Volkspark der Entwurf des Wahlprogramms vorgestellt. Er ist aus den Beiträgen der Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse und Diskussionsbeiträgen aus der Partei zum Impulspapier von Jens Bullerjahn entstanden. Der Entwurf wird in Halle zur Diskussion in die Partei gegeben. Bis zum ordentlichen Landesparteitag im Oktober besteht damit ausreichend die Gelegenheit, in den Ortsvereinen über den Entwurf zu diskutieren und Änderungen vorzuschlagen. Nach der Nominierung ist vor der Wahl! Da diese nur mit viel Kraft und im Team zu bestreiten ist, bietet der Konvent nach der politischen Debatte den Platz für entspannte Gespräche. Bei Speis und Trank locken im Volkspark-Biergarten ein hoffentlich spannendes „public viewing“ (WM-Vorrundenspiel Niederlande-Japan, Beginn 13.30 Uhr) und eine bunte Hüpfburg. Letzteres natürlich nur für die Kleinen.

Vom Mitgliederkonvent in Halle soll ein wichtiges politisches Zeichen in das ganze Land ausgehen: Die SPD ist bereit! Es wird der zahlreichen Beteiligung aller Genossinnen und Genossen liegen, wie kraftvoll, überzeugend und zuversichtlich dieses Signal sein wird. ■

Termin-ankündigungen

04. Juni 2010, 10 Uhr
An diesem Tag findet im Ernst-Reuter-Haus das Treffen des Gewerkschaftsrates statt.

05. Juni 2010, 10 Uhr
In Akazienhof Halle trifft sich der Landesparteirat und berät über den Wahlprogrammentwurf zur Landtagswahl 2011

11. Juni 2010, 18 Uhr
Der Stadtverband Halle führt an diesem sein alljährliches Hoffest in der Regionalgeschäftsstelle durch. Als Gast wird Franz Müntefering erwartet.

19. Juni 2010, 10 Uhr
Im Volkspark Halle findet der Mitgliederkonvent mit der Wahl des Spitzenkandidaten statt.

Info zum Mitgliederkonvent:
Einzelne Kreisvorstände wollen zum Mitgliederkonvent Busse einsetzen. Für nähere Informationen stehen die Regionalgeschäftsstellen zur Verfügung.

1. Mai - Impressionen

Der Stand der Genossinnen und Genossen auf der Peißnitzinsel in Halle.

Der 1. Mai in Sangerhausen. v.l.: Nadine Hampel, Arndt Kemesies, Ines Berger, Katharina Ruschke, Holger Hövelmann, Eileen Trippmacher, Silvia Schmidt.

Frühjahrsputz auf dem Spielplatz

Die Spielplatzpaten des SPD-Ortsvereins Magdeburg Mitte/Altstadt beim Frühjahrsputz „ihres“ Spielplatzes in Magdeburg. Ausgestattet mit Schaufeln, Besen, Haken, Müllsäcken und jeder Menge Elan, machten sie sich daran, das Areal von Laub und Müll zu befreien und ihn fit für den Frühling und Sommer zu machen. ■

Jusos tanzen mit „Zeit zum Aufstehn“ in den Mai

Neben dem Mann aus dem Reich der Mitte besteht „Zeit zum Aufstehn“ aus Wolfgang Möller am Akkordeon, Moritz Härtel am Schlagzeug, Michael Kaiser an der Posaune, Malte Pelzer am Bass und dem Sänger Reiner Trautmann. In dieser Formation ist die Band seit Oktober letzten Jahres zu hören. Höhepunkt des Abends war der Song „Sage Nein“ (im Original von Konstantin Wecker), der dazu aufruft, sich aktiv gegen das dumme Geschwätz von Nazis zu stellen.

„Wir möchten uns recht herzlich bei den Mitgliedern der Band für ihr Kommen bedanken“, schloss Tino Schlögl, Kreisvorsitzender der Jusos Harz, den Abend. „Wir hoffen, Ihr kommt wieder, schließlich ist es ein großes Vergnügen Arbeiterliedgut, aus verschiedenen Zeiten zu hören.“ ■

Pünktlich zur Walpurgisnacht fand in Halberstadt der „Alternative Tanz in den Mai“ der Jusos Harz statt. Bei Grillwurst und einem guten Bier konnten die Gäste den Arbeiterliedern lauschen, die die Band „Zeit zum Aufstehn“ präsentierte. Bollmanns Gaststätte, ein Lokal mit langer sozialdemokratischer Tradition, bot den passenden Rahmen dafür.

Die Musiker aus Magdeburg boten einen breiten Einblick in die Lyrik der Arbeiterbewegung der letzten Jahrhunderte. Diesen teils historischen Abriss mixten sie in der musikalischen Umsetzung mit dem Stil der heutigen Zeit: von Ska bis Punk spielte die Band ihr Programm sehr abwechslungsreich und begeisterte damit das Publikum.

Einen Hauch von Internationalität bot die Besetzung der Band, konnte sie doch den chinesische Austauschstudent Wenjie Yang, der in Magdeburg studiert, an der E-Gitarre aufbieten. Yang sang sogar eine Strophe des bekannten Arbeiterlieds „Bella Ciao“ auf Chinesisch.

Impressum:
V.i.S.d.P.: Mario Kremling
Redaktion: Falko Grube
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an:
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
Anschrift:
SPD-Landesgeschäftsstelle, Redaktion WiSA,
Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg

Hände weg vom Atomausstieg!

Halles SPD bei der Menschenkette am AKW Krümmel

Die Genossinnen und Genossen aus Halle, Merseburg und Schulpforte und in der Menschenkette.

Insgesamt über 120.000 Menschen aus der gesamten Bundesrepublik waren gekommen, als ein bundesweites Aktionsbündnis zur Menschenkette „KettenreAktion“ zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel aufgerufen hatte. Mit dabei waren auch 46 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Sachsen-Anhalt. Die Genossinnen und Genossen aus Halle, Merseburg und Schulpforte schlossen einen wichtigen Abschnitt am Atomkraftwerk Krümmel und hatten damit Teil am Erfolg der bisher größten Menschenkette in der Bundesrepublik. „Das war ein voller Erfolg und hat riesigen Spaß gemacht“, erklärte Mitinitiatorin Sandra Loley von den halleschen Jusos. „Wir haben als SPD Sachsen-Anhalt deutlich Farbe bekannt. Wir sind Teil eines breiten gesellschaftlichem Bündnisses für einen schnellen Atomausstieg.“ Die Aktion richtete sich vor allem gegen die Pläne der Bundesregierung, den Atomausstieg zurückzudrehen. „Wenn die Atommanager alte Reaktoren länger am Netz lassen wollen, um damit pro Jahr und Meiler 300 Millionen Euro zusätzlich zu verdienen, so ist das aus deren Sicht vielleicht profitabel. Aber der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke blockiert Investitionen in erneuerbare Energien und damit den Umwelt- und Klimaschutz. Für die Bevölkerung bedeutet dies immer neue Gefahren durch den Betrieb der Altmeiler, noch mehr Atommüll, noch mehr Atomtransporte und weitere Risiken wie im Fall des abgesoffenen Atommülllagers Asse. Allein die ungelöste Atommüllentsorgung muss Bundesumweltminister Norbert Röttgen und Kanzlerin Angela Merkel dazu bewegen, den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke abzulehnen“, so die Organisatoren der Aktion. Die Menschenkette wird nicht der letzte Protest dieser Art gewesen sein. Eines ist er in jedem Fall: alternativlos. ■

Ost-West Partnerschaften gesucht

Am 27./28. September jährt sich der Vereinigungsparteitag der sozialdemokratischen Parteien beider Teile Deutschlands zum zwanzigsten Mal.

Für eine Veranstaltung anlässlich dieses Ereignisses am Vortag des diesjährigen Bundesparteitages rufen wir dazu auf, uns Informationen über Partnerschaften zwischen westdeutschen und ostdeutschen Sozialdemokraten zuzusenden.

Sofort nach dem Mauerfall entstanden viele Partnerschaften zwischen Ortsvereinen, Stadtratsfraktionen und Unterbezirken, die zuerst als Aufbauhilfe und zum Erfahrungsaustausch gedacht waren und teilweise noch heute durch gegenseitige Besuche und gemeinsame Veranstaltungen gepflegt werden.

Wir haben bereits erfreulich viele Rückmeldungen über noch aktive Partnerschaften erhalten, glauben aber, dass es damals noch viel mehr gab. Uns interessieren auch Informationen über Partnerschaften die es gab, die aber inzwischen eingeschlafen sind. Das diesjährige Jubiläum eignet sich natürlich auch hervorragend, alte Partnerschaften wieder aufleben zu lassen.

Bitte meldet Euch beim Referat Mitgliederwerbung und -entwicklung, Tel: 030-25991249 oder per Email, ost-west-partnerschaft@spd.de ■

Stellenausschreibung

Zur Unterstützung des Landtagswahlkampfes 2011 sind beim SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt vom 1. September 2010 bis zum 30. März 2011 zwei Stellen als

Wahlkampfreferent/in

zu besetzen.

Die Arbeitsplätze sind als Teilzeitstellen (je 0,6 – entspr. 24 Wochenstd.) konzipiert.

Zu den Aufgaben gehören u.a.:

- Unterstützung der Wahlkampfleitung
- Textproduktion und Pressearbeit
- Redaktion des Internetauftritts
- Betreuung des Werbebereichs
- Gestaltung interner Medien
- Veranstaltungsorganisation.

Erwartet werden überdurchschnittliches Engagement, Flexibilität und kommunikative Kompetenz sowie die Mitgliedschaft im SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt. Die Bewerber/innen sollten mit den Strukturen des Landes und der Landespartei vertraut sein sowie die Programmatik der SPD gut kennen. Wahlkampferfahrungen sind von Vorteil. Voraussetzung sind sicherer Umgang mit elektronischen Medien und Führerschein. Frauen werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt.

Aussagekräftige Bewerbungen mit Lichtbild, Lebenslauf und Angaben über Bildungsweg, beruflichen Werdegang sowie gesellschaftlich-politisches Engagement sind bis zum 18. Juni 2010 zu richten an:

SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt,
z. Hd. Mario Kremling
Bürgelstraße 1
39104 Magdeburg

Für Rückfragen: 0391/53656-0, lv.sachsen-anhalt@spd.de

„Unhaltbare Zustände!“

Die AFA Salzlandkreis besucht das Atommüllager Asse

Ende April besuchte eine Gruppe der AfA Salzlandkreis das Informationszentrum des Bundesamtes für Strahlenschutz in der Schachtanlage Asse II in Remlingen. Das als atomare Endlager für mittel- und schwachradioaktive Abfälle geplante Bergwerk hatte aufgrund der akuten Sicherheitsmängel eine bundesweite Diskussion über die Endlagerung radioaktiver Abfälle entfacht.

1965 hatte der Bund die Asse II von der Wintershall AG gekauft. Der ehemalige Salzschacht wurde seitdem vorwiegend von der Gesellschaft für Strahlenforschung und später vom Helmholtz-Zentrum München als Atommülllager für fast alle in Deutschland angefallenen mittel- und schwachradioaktiven Abfälle betrieben. Heute liegen 126.000 Fässer mit radioaktivem Abfall in der Schachtanlage, ein Teil gestapelt, ein Teil mit Salz bedeckt und ein anderer nicht unwesentlicher Teil regellos abgekippt. Aufgrund der Gebirgsmechanik fließen seit 1988 täglich rund 12 Kubikmeter Salzlauge in das Atommülllager. Außerdem enthält die Anlage noch 28 kg Plutonium. „Das sind unhaltbare Zustände“, erklärte Friedel Meinecke. Aufgrund der Mängel wechselte die Betreiberschaft am 1. Januar 2009 vom Helmholtz-Zentrum München auf das Bundesamt für Strahlenschutz. Das Bundesamt ist seitdem um eine transparente Lösung bemüht.

Die Schachtanlage Asse gilt als Endlager für radioaktive Abfälle nach Atomrecht. Das Bundesamt hat verschiedene Stillle-

gungsoptionen untersucht. Es kommen eine Umlagerung, die Vollverfüllung und die Rückholung mit Umkonfektionierung und Einlagerung in Schacht Konrad in Frage. Im Moment wird die Rückholung favorisiert. Die Sanierung wird jedoch zwischen zwei bis vier Milliarden Euro kosten, eher im oberen als im unteren Bereich. Die Einnahmen aus Gebühren von der Atomindustrie beliefen sich in der Vergangenheit auf 900.000 Euro. Die Differenz trägt der Steuerzahler. „Wer immer noch überzeugt ist, dass Atomstrom so billig und umweltschonend sein soll, dem empfehlen wir dringend eine Besichtigung der Asse“, rät Friedel Meinecke. Auch Atomkraftbefürworter dürften an solchen Eindrücken nicht vorbeikommen. ■